

nicht. Für das Erste hat man Argumente hervorgebracht, und ich weiß wohl, daß man sich auf das französische Recht in dieser Hinsicht nicht beziehen kann, weil das französische Verfahren und überhaupt der französische Name soviel für als wider sich hat. Inzwischen ist es doch auch hier in der Kammer vorgekommen, daß sich Viele auf das französische Institut als auf ein Musterinstitut bezogen haben, und in dieser Beziehung möchte ich doch, was gegenwärtig vorgekommen ist, als nicht ganz überflüssig ansehen. Daß aber der preussische Staat, der überall mit Besonnenheit handelt, und sich nicht durch Ideen hinreißen läßt, im Jahre 1839 das abgeschafft hat, was in seinem früheren Institut bestand, also eine Verschärfung hat eintreten lassen, das möchte wohl eine große Autorität sein. Man bezieht sich ferner auf die Autorität der Rechtslehrer, welche sich gegen die Vorlage aussprechen; aber ich muß hier die traurige Bemerkung machen, daß in Wechselfachen, wozu ich auch diese Frage rechne, Autoritäten bestehen, die außerordentlich wenig begründet sind, und zwar deshalb, weil das Studium des Wechselrechts nicht jedem Juristen zugänglich ist. Diese Autoritäten haben dadurch eine ausgebreitete Gewalt erlangt, daß unsere Spruchcollegien das, was irgend ein großer Jurist in dieser Angelegenheit vorgebracht hat, adoptirt haben, was ich aber nicht als ein Werk der Ueberzeugung der Spruchcollegien betrachten möchte, sondern als ein Erzeugniß einer gewissen Anhänglichkeit an die Gelehrten, die den Deutschen eigen ist. Wir dürfen also auf die Autoritäten der Rechtsgelahrten und die Autoritäten der Rechtsbücher nicht viel geben, sondern wir müssen die Sache betrachten, wie sie ist. Nun habe ich den rein juristischen Standpunkt schon angegeben. Wenn Jemand in dem Bereich einer Zuständigkeit ist, und es tritt noch eine zweite hinzu, so kann keine Frage sein, daß seine Berechtigung dadurch erweitert, nicht beschränkt wird. Beschränkt aber würde sie, wenn Jemand, der seinen Schuldner im Arrest hält, in die Nothwendigkeit versetzt wird, diesen des Arrestes zu entlassen, um die executio in bona zu bewirken. Uebrigens muß ich bemerken, wenn wir an den Zustand der Wechselforderungen denken, so müssen wir an Verhältnisse des Lebens denken, die in großen Handelsstädten häufig vorkommen. Häufig kommen auf große Handelsplätze Leute mit einem großen Vermögen, die sich aber wieder entfernen, um der Wechselhaft zu entgehen und sich als zweideutige Concurrenten zeigen. Die executio in bona ist oft sehr bedenklich, wenn sie wider einen Ausländer stattfinden sollte, wenn er auch in bonis noch so viel hätte; denn es ist oft nicht abzusehen, daß mit dieser Execution Etwas zu gewinnen sei, sondern es muß in der Wahl des Gläubigers stehen, ob er das eine oder das andere Mittel, oder beide zugleich anwenden will. Uebrigens sollte ich wohl glauben, daß ein neuerliches Beispiel in Osterreich uns daran erinnern sollte, wie wohlthätig der Wechselarrest zur rechten Zeit eintreten könne, um dem Schuldner mit großem Vermögen nicht in die Möglichkeit zu versetzen, dasselbe in Amerika zu verzehren, ohne seine Schuldner bezahlt zu haben.

Präsident D. Haase: Ich gehe nunmehr zur Fragestellung über. Sie wissen bereits, meine Herren, aus welchen Gründen

die erste Kammer mit der Staatsregierung die §. 37 im Entwurfe beibehalten, unsere Deputation hingegen die §. ganz im entgegengesetzten Sinn gefaßt haben will. Unsere Deputation empfiehlt uns nämlich unter Ablehnung der ursprünglichen Fassung derselben folgende: „Der Schuldarrest kann gleichzeitig neben der Hülfsvollstreckung in die Güter nicht verhängt werden. Es kann jedoch der Gläubiger zu jeder Zeit von der Schuldhast zur Hülfsvollstreckung in die Güter übergehen, zu der Ersteren aber nur dann und auf so lange zurückkehren, als die in §. 40 bestimmte Zeitfrist noch nicht abgelaufen ist.“ Und ich frage also: Tritt die Kammer der Ansicht ihrer Deputation bei, und nimmt sie unter Ablehnung der §. 37 des Entwurfs die von der Deputation vorgeschlagene Fassung derselben an? — Das Deputationsgutachten wird mit 32 gegen 31 Stimmen angenommen.

Referent Abg. D. v. Mayer:

### § 38.

Wider einen Gemeinschuldner ist während des Concurses auf die bei dessen Eintritte bereits bestandenen, auf Geldzahlung oder Güterabtretung gerichteten Ansprüche der Schuldarrest nicht zu verhängen, wenn sich der Schuldner auch demselben ausdrücklich unterworfen hätte. Die 26ste Decision vom Jahre 1746 und die darauf Bezug nehmende Bestimmung im Banqueroutirmandate vom 10. December 1766, auch dem in die Lausitz ergangenen vom dato den 2. August und public. den 27. September 1783 §§. 19 werden hiemit aufgehoben. Dahingegen schläft, so lange der Concurß dauert, die Verjährung der auf diese Zahlungen oder Abtretungen gerichteten Wechselklagen.

Der Deputationsbericht lautet:

### Zu §. 38.

Die Disposition dieser §. bedarf nach den dazu S. 263 gegebenen ausführlichen Motiven weder einer Erläuterung, noch weiterer Rechtfertigung. Von der ersten Kammer ist die §. unverändert angenommen worden. Die unterzeichnete Deputation ist im Allgemeinen damit zwar auch einverstanden, findet aber zu einem doppelten Bedenken Veranlassung,

- a) in den Worten: „oder Güterabtretung“, Zeile 2 und
- b) in den Worten: „wenn sich der Schuldner auch demselben ausdrücklich unterworfen hätte“, Zeile 3 und 4.

Zu a ist der Deputation nicht ganz klar geworden, worauf die Worte eigentlich gehen und was sie bezwecken sollen. Die Verfügung gefänglicher Haft zu dem Zwecke, daß Jemand seine Güter den Gläubigern abtreten (bonis cediren) solle, ist der Deputation noch nicht vorgekommen, die datio in solutum dürfte bisher auch noch nicht Zweck einer Verhaftung gewesen sein, und wenn darunter eine Geldleistung oder eine persönliche Leistung anderer Art beabsichtigt wird, so fällt dies entweder mit der „Geldzahlung“ der §. 38, oder der „andern Leistung“ der §. 39 zusammen. In beiden letzten Fällen dürfte der Zusatz unnöthig sein.

Zu b sehen die gebrauchten Worte das gesetzliche Bestehen einer freiwilligen Unterwerfung unter den Schuldarrest, mithin das oben unter 1 erörterte, dem ersten Abschnitte des Entwurfs unterliegende Princip voraus, womit die Deputation sich nicht einverstanden erklärt hat, und daher auch hier eine Folgerung daraus nicht bevormworten kann.

Aus diesen Gründen empfiehlt die Deputation der Kammer:

- a) statt der Worte des Entwurfs: „auf Geldzahlung